



Initiative in Gedenken an Oury Jalloh

Home: <https://initiativeouryjalloh.wordpress.com>

Pressekontakt: fr|de 0163-9540008 // de|en 0176-99621504

Mail: initiative-ouryjalloh@so36.net

Berlin, den 10. September 2018

Pressemitteilung der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh

Einladung zur Pressekonferenz

Stand der Ermittlungen mit schockierenden neuen Erkenntnissen im
Oury-Jalloh-Komplex

Strukturelle Verhinderung rechtsstaatlicher Aufklärung von Straftaten

In Anwesenheit von Vertretern der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission

Dienstag, 23. Oktober 2018 | 10 Uhr

Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4 | 10405 Berlin (Prenzlauer Berg)

Hiermit laden wir die Vertreter der interessierten Presse und Zivilgesellschaft herzlich zur Teilnahme an unserer Pressekonferenz über die aktuellen Entwicklungen und die Aufklärungsarbeit der Unabhängigen Untersuchungskommission im Fall von Oury Jalloh ein.

1. Die Initiative informiert über die andauernde Verschleppung und Behinderung von Mordermittlungen und die Verweigerung der Aufklärung des Polizei- und Justizskandals im Oury-Jalloh-Komplex durch die Landespolitik Sachsen-Anhalts.

Die Rechtsbeistände der Familie von Oury Jalloh, RÄ Gabriele Heinecke (Hamburg) und Beate Böhler (Berlin) berichten über ignorierte Stellungnahmen und ausstehende Beweisanträge, unvollständige oder geschwärzte Akten und beziehen zur vorgeblichen Prüfung der Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Halle zum Todesermittlungsverfahren Oury Jalloh durch die Generalstaatsanwaltschaft Sachsen-Anhalts (Naumburg) Stellung.

2. Mitglieder der Unabhängigen Internationalen Kommission (UIK) zur Aufklärung der Wahrheit über den Tod von Oury Jalloh werden die Notwendigkeit zur Gründung der Kommission sowie deren Perspektiven, Ziele und Arbeitsweisen erläutern. Die Kommission hat sich im Januar 2018 konstituiert und mit der Analyse der zugänglichen Akten sowie eigenen Ermittlungen begonnen. Dazu hat sie auch mit den zuständigen

Landesministerien und Ermittlungsbehörden Kontakt aufgenommen und ein informelles Treffen mit dem bei der Generalbundesanwaltschaft für den Fall zuständigen Abteilungsleiter Rechtsextremismus Bundesanwalt Kai Lohse durchgeführt.

Die Kommission nimmt Stellung zu den juristischen Begründungen der Zurückweisung der Zuständigkeit des Falles von Oury Jalloh durch den Generalbundesanwalt.

Die Kommission stellt neue Erkenntnisse im Oury-Jalloh-Komplex vor und berichtet über mögliche weitere Schritte zur Aufklärung des Fall-Komplexes mit Unterstützung durch internationale Gremien von EU und UN.

3. Die Aktivist*innen der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh sehen sich anhaltenden, rechtswidrigen Repressionen durch Polizei und Justiz in Sachsen-Anhalt ausgesetzt. Ein Expertenteam der UN hat das Vorgehen der deutschen Behörden gegen die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh kritisiert. In einem Bericht, der im September 2017 dem Menschenrechtsrat der UN vorgelegt wurde, fordern die Experten die deutsche Bundesregierung auf, Ermittlungen gegen diejenigen einzuleiten, die die Aktivisten der Initiative einschüchtern und schikanieren, weil sie Menschenrechte verteidigen und Gerechtigkeit suchen.

("Report of the Working Group of Experts on People of African Descent on its mission to Germany", 15.08.2017, Punkt 76, Link: <http://www.refworld.org/docid/59c3a6b64.html>)

Die Initiative informiert über das widerrechtliche Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden sowie über die aktuelle Anklage gegen einen über 60-jährigen Aktivist.

(Angesetzte Prozesstermine: 24.10., 9.11. und 23.11.2018, jeweils um 10 Uhr, am Amtsgericht Dessau, Willy-Lohmann-Str.33, Dessau-Roßlau)

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit aufklärerischen Grüßen

Initiative in Gedenken an Oury Jalloh

OURY JALLOH – DAS WAR MORD!

[AUFKLÄRUNG - VERANTWORTUNG - ENTSCHÄDIGUNG](#)